

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

12.1.1891 (No. 11)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 12. Januar.

№ 11.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einführungsgeld: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 12. Januar.

Jules Ferry hat, wie vorausgesehen werden konnte, sogleich die erste Gelegenheit benutzt, sein politisches Zukunftsprogramm zu entwickeln. Er schreckte auch nicht davor zurück, daß dieses Programm im „Eclair“ zuerst veröffentlicht wird, demselben Blatte, in welchem Labruyère seinen Bericht über die Flucht Pablewski's in Frankreich erscheinen ließ. Mit der ihm eigenthümlichen Unerschrockenheit rückte der frühere Conseilpräsident, der gerade wegen seiner Kolonialpolitik auf's schärfste angegriffen wurde, diese in den Vordergrund, indem er betonte, daß Frankreich, ohne seinen Einfluß in Europa dadurch zu schwächen, seinen Kolonialbesitz ausdehnen, sowie Absatzgebiete suchen müsse, deren es in einer nahen Zukunft bedürfe. Ueber die allgemeine Politik des Tages befragt, äußerte sich Jules Ferry ferner: „Mit Aufmerksamkeit folgte die öffentliche Meinung den auswärtigen Dingen, der Entwicklung der Wirtschaftspolitik und den Heereseinrichtungen jenseits unserer Grenzen. Das haben wir von jeher empfohlen und angestrebt. Mir schien, ich hätte unter diesen Umständen ein Wort zu sagen, hier und da einen Rath zu ertheilen, und darum bewarb ich mich um einen Sitz im Senat, der mir gestattet, von einer Tribüne herab zu sprechen.“ Ueber die Verfassungsrevision und ihre Aussichten befragt, gab Herr Jules Ferry seiner Ueberzeugung Ausdruck, die Kammer werde dem Wunsche des Landes nach Stabilität willfahren und den Antrag verwerfen. „Derselbe ist“, bemerkte der Besucher, „hauptsächlich gegen den Senat gerichtet.“ „Dem Senat“, fuhr der Vertreter der Vorgesetzten fort, „kann man keinen anderen Vorwurf machen, als daß er zu bescheiden ist. Er hat in aller Stille gute Arbeit verrichtet und es wäre unklug, etwas an seiner Verfassung ändern zu wollen. Ueberdies ist dies auch nicht die Absicht der Kammer.“

Vor dem Pariser Justizpolizeigericht kommt morgen die Anklage gegen den Journalisten Grégoire zur Verhandlung, der mit dem muthmaßlichen Mörder des russischen Generals Seliverstow, Pablewski, bei der Flucht beihilflich gewesen ist. Ein anderer Mitarbeiter des „Eclair“, La Bruyère, ist bekanntlich schon früher wegen des gleichen Vergehens verurtheilt worden. Die Bemerkungen La Bruyère's und Grégoire's, den Mörder vor der Strafe zu schützen, scheinen jedoch vergeblich zu sein, denn nach einer Depesche aus Madrid ist Pablewski schließlich doch entdeckt und verhaftet worden. Darnach wurde Pablewski in der katalonischen Ortschaft Nlot, nahe der französischen Grenze, erkannt und in sicheren Gewahrsam gebracht. Die spanischen Zeitungen enthalten bereits Einzelheiten über die Verhaftung. Es wird mitgetheilt, daß die Polizei dem Individuum, von welchem sie verdächtigt, daß es Pablewski sei, schon seit einigen Tagen auf der Spur war. Der nunmehr Verhaftete hatte während dieser Zeit mehrfache Verkleidungen vorgenommen. In Nlot gab er an, Handlungsreisender zu sein. Die spanischen Blätter erklären, sobald die Formalitäten erledigt und die Identität des Verhafteten mit dem Gefangenen amtlich festgestellt sei, werde die Auslieferung Pablewski's an die französischen Behörden des Grenzortes Cerbere erfolgen.

Die in Boulogne s. M. gepflogenen Unterredungen zwischen Mac Carthy und O'Brien sind vorläufig wohl beendet, denn Mac Carthy ist mit Sexton von dort wieder abgereist. Eine Londoner Meldung, die allerdings nicht weiter beglaubigt ist, behauptet, O'Brien wolle unter keinen Umständen zugeben, daß Parnell seine Führerrolle wieder übernehme, und die Feindseligkeit zwischen beiden Parteien dauert ungeschwächt fort. Vielleicht erfährt man über den Stand der Angelegenheit etwas Näheres aus der Rede, die Parnell gestern in Limerick halten wollte. Limerick ist der Hauptort der fenischen Bergpartei, daher hat sich ein städtischer Ausschuß zum Empfang Parnells gebildet. Freilich rüffte sich auch die Gegenpartei unter Anführung der Geistlichkeit. Parnells Schwester veröffentlicht in „Freemans Journal“ einen politischen Brief; sie befragt bei der Treulosigkeit der Parlamentarier und der Schwäche der Nationalliga die Wiederherstellung der früheren „Home Rule Association“ und verläßt die Parlamentarier, welche die zukünftige Vorlage Gladstone's vorhersehen wollten. Das Eingreifen der Frauen in die politische Bewegung ist in England nichts Außergewöhnliches und Parnells Schwester hatte für ihre Einmischung in den Streit der Männer eine städtische Reihe von Präcedenzfällen. Gladstone hat an Furness, den Kandidaten der Gladstoneaner für Hartlepool, ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, er halte seine Politik bezüglich Irlands aufrecht; seine Partei wünsche

lebhaft die Regelung der irischen Frage, um Wahlreformen in Großbritannien einführen zu können. In Hartlepool hat bekanntlich kürzlich eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Richardson stattgefunden und Gladstone tritt, wie in Bassetlaw, hier selbst mit seinem Ansehen für den Kandidaten der liberalen Partei in die Schranken, um einen Wahlsieg der konservativen Partei zu verhindern.

Deutschland.

* Berlin, 11. Jan. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Baden hat heute Mittag die Rückreise nach Karlsruhe angetreten. Seine Majestät der Kaiser gab Höchstselben zum Bahnhofe das Geleite.

Bei dem neugeborenen kaiserlichen Prinzen haben Pathenstelle übernommen: der Kaiser von Oesterreich, der König von Italien, die Königin-Regentin der Niederlande, die verwitwete Großherzogin Marie von Mecklenburg, der Herzog von Edinburgh, der Herzog und die Herzogin von Connaught, die Herzogin Vera von Württemberg, Prinz und Prinzessin Friedrich Leopold, Prinzessin Margarethe von Preußen und Feldmarschall Graf Moltke. (Die Taufe ist bekanntlich auf den 26. Januar festgesetzt.)

Die Kommission des Reichstags für die Patentgesetznovelle genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung die §§ 4 bis 6 (Wirkung des Patents) unverändert und nahm zu § 7 einen Antrag des Abg. v. Buol an, nach welchem bei einer Nichtigkeitsklärung des Hauptpatentes das Zusatzpatent ein selbständiges Patent vom Alter des Hauptpatentes wird.

Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhanjes haben die kurze Pause in den Plenarsitzungen benützt, um ihre Arbeiten zu fördern. Die Gewerbesteuerkommission erledigte gestern die Paragraphen 28 bis 37 (besondere Verpflichtungen der Aktiengesellschaften, namentliche Nachweisung der Steuerpflichtigen, Veräußerungsrecht der Vorstehenden, Gewerbesteuerrolle, Benachrichtigung der Steuerpflichtigen, Begrenzung der Steuerpflicht, Rechtsmittel) durchweg in der Fassung der Vorlage. Die Kommission für das Wildschadengesetz acceptirte die §§ 2 bis 4 (Ersatzpflicht innerhalb und außerhalb der gemeindefürsorglichen Jagdbezirke, sowie die Jagdpachtverträge, welche eine Ersatzpflicht ausschließen) mit unwesentlichen Aenderungen. Was die Kommission für die Landgemeindeordnung betrifft, so genehmigte sie den § 49 (Gemeindevertretung) mit einem Zusatz, nach welchem die Zahl der Gemeindeglieder, bei deren Vorhandensein eine gewählte Gemeindevertretung eintritt, von 30 auf 40 erhöht wird, und nach welchem der Kreisabschluß auf Antrag der Beteiligten oder im öffentlichen Interesse die Einführung einer Gemeindevertretung auch bei einer geringeren Zahl von Gemeindegliedern anordnen kann. Ferner ist beschlossen worden, daß die Schöffen geborene Mitglieder der Gemeindevertretung sind; die Zahl der Gemeindevorsteher kann ortstatutarisch auf 24 erhöht werden. Der § 50 (Wahl nach Maßgabe der direkten Steuern in drei Klassen) und § 52 (Nichtwählbarkeit) wurden mit der Erläuterung genehmigt, daß unter den nicht wählbaren Polizeibeamten Polizeireferenten zu verstehen sind. Die §§ 53 bis 65 (Wahlperiode, Wahlverfahren) und vom fünften Abschnitt die §§ 66 bis 71 (Gemeindevermögen) sind unverändert oder mit unwesentlichen Aenderungen genehmigt worden. Ein vorgeschlagener Fraktionsbeschluss der Konservativen des Abgeordnetenhauses, an dem bisherigen Standpunkt in der Landgemeindefrage festzuhalten, wird als ein nur vorläufiger Beschluss betrachtet. Das Wolff'sche Bureau meldet, in parlamentarischen Kreisen nehme der Glaube zu, daß eine Verständigung über die Landgemeindeordnung erfolgen werde. Als Grundlage dieser Verständigung dürfte die Zusage der Regierung dienen, daß nicht das Ministerium des Innern, sondern das Gesamtministerium über die Nothwendigkeit zum Zusammenlegen mehrerer Gemeinden resp. Gutsbezirke zu entscheiden habe.

Der hiesige französische Botschafter, Herr Herbet, hat seiner Regierung einen Bericht über die Bedingungen der Arbeit in Deutschland erstattet. Derselbe bildet den ersten Theil einer Sammlung derartiger Berichte der französischen Diplomatie, in welcher ferner noch Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritannien, Italien, Niederlande, Portugal, Rußland, Schweden und Norwegen und endlich die Schweiz behandelt sein sollen, und ist bei Berger-Levrault u. Co. in Paris erschienen. Der Bericht des Herrn Botschafters behandelt, wie die „N. A. Z.“ mittheilt, zunächst einleitend den Charakter der Arbeiterfrage im Deutschen Reich, schildert sodann die Lage der Arbeiter nach dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, und

gibt im Weiteren einen Ueberblick der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung, der schwebenden Fragen und der Arbeiterschutzmaßnahmen etc. Besondere Berichte der betreffenden diplomatischen und konsularischen Agenten Frankreichs behandeln im Anschlusse daran die Verhältnisse für Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Hamburg.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Jan. In einem heutigen Diner bei den kaiserlichen Majestäten nahmen der türkische, der italienische und der französische Botschafter, sowie mehrere Gesandte theil, unter ihnen der schweizerische, der niederländische und der dänische. — Hofrath Graf Pace ist zum Landespräsidenten der Bukowina ernannt worden. — Der „Presse“ zufolge würden die übermorgen wieder aufzunehmenden deutsch-österreichischen Vertragsverhandlungen mit der zweiten Lesung der einzelnen Tarifpositionen beginnen, worauf der Text des Handelsvertrags beraten werden und die verkehrspolitischen Fragen zur Diskussion gelangen sollen.

Italien.

Rom, 10. Jan. Die „Italia“ dementirt die Nachricht des „Daily Chronicle“ von der Vorbereitung eines neuen Anlehens. — Dem „Esercito Italiano“ zufolge sprach sich eine aus sämtlichen Generalen der Armee zusammengesetzte Kommission für Verlängerung der Militärdienstpflicht bis mindestens zum 42. Lebensjahre aus. Ferner wurde die Beibehaltung der gegenwärtigen Dauer der Dienstleistung im aktiven Heere, sowie die Aufrechterhaltung des jetzigen Rekrutierungssystems anstatt der Einführung des territorialen Systems seitens der Kommission befürwortet.

Frankreich.

Paris, 11. Jan. Der am Freitag hier eingetroffene Fürst von Montenegro wurde gestern Nachmittag vom Präsidenten Carnot empfangen; der Fürst besuchte auch die Gemahlin des Präsidenten, sowie die Minister Freycinet und Ribot. Der Präsident erwiderte den Besuch des Fürsten. — Gestern fand die Leichenfeier für den Herzog von Leuchtenberg unter entsprechender Feierlichkeit statt. Der Sarg wurde einstweilen in den Gewölben der russischen Kirche beigesetzt. Bei der Ankunft des Leichenzuges vor der Kirche verhaftete die Polizei einen Menschen, den sie für einen Nihilisten hielt; derselbe wurde aber nach Feststellung seiner Persönlichkeit wieder freigelassen. — Die Zollkommission der Deputirtenkammer beschäftigte sich gestern mit der Frage wegen der Kündigung der Handelsverträge; sie nahm einen Antrag an, welcher von den Erklärungen der Regierung Kenntniß nimmt. Ein von mehreren Mitgliedern der Kommission eingebrachter Antrag, der die allgemeine Kündigung sämtlicher Handelsverträge bezweckt, wurde dagegen abgewiesen. Der Marineminister legte eine aus Deputirten, Beamten und Offizieren bestehende Kommission zur Prüfung der Berichte der Handelskammern über die Errichtung von kommerziellen Seeschulen ein.

Großbritannien.

London, 10. Jan. Wie die „Times“ vernimmt, wurde General Mathews, bisher Befehlshaber der Truppen des Sultans von Sanibar, zum britischen Generalkonsul in deutschen Ostafrika und zum Kommissar von Britisch-Ostafrika mit dem Wohnsitz in Taveita am Fuße des Kilimandscharo ernannt.

Verschiedenes.

W. Hamburg, 10. Jan. (Feuerstrahlung.) Das Tabaklager der Firma Weber, Müller u. Co. wurde durch eine erhebliche Feuerstrahlung fast vollständig vernichtet. Der Brand wurde schnell gelöscht; trotzdem beträgt der Schaden gegen 500 000 M.

W. Neapel, 10. Jan. (Studenten-Unruhen.) Eintaufend Studenten der hiesigen Universität verübten durch Pfeifen und Rufen großen Unfug; sie zerschmetterten die Fenster und Thüren des Universitätsgebäudes, weil sie auf ihr Verlangen daß für die Studirenden des Ingenieurfaches die Prüfungsperiode auf den März anberaumt werde, keine zufriedenstellende Antwort erhielten. Fast sämtliche Vorlesungen sind unterbrochen. Der Präsekt stellte keine Vermittlung in Aussicht.

Neueste Telegramme.

Madrid, 12. Jan. Ein höherer Beamter erklärte, bezugnehmend auf die Verhaftung Pablewski's, daß der Verhaftete kein Angehöriger der spanischen Armee sei, sondern ein gewöhnlicher Individuum, es seien Anzeichen vorhanden, daß der Verhaftete Pablewski sei.

Serajewo, 12. Jan. In Folge des Thauwetters sind in der Gegend von Riono Lawinstürze vorgekommen. Mehrere Häuser wurden verschüttet und 17 Personen getödtet, während zwei schwer verletzt wurden.

